



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 21 -

Kiel, 3. April 2012
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

54. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

*am Mittwoch, dem 28. März 2012,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Einleitend nehmen die Ausschussmitglieder die mit [Umdruck 17/3619](#) vorliegende **Neufassung der Ergänzenden Grundsätze für die einzelbetriebliche Investitionsförderung** im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft zur Kenntnis.

Den Bericht der Landesregierung zur **Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt**, [Drucksache 17/1427](#) nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Der Antrag der Fraktion des SSW betr. **Beschäftigungsmöglichkeiten für von den Standortschließungen der Bundeswehr betroffene zivile Mitarbeiter schaffen**, [Drucksache 17/2255](#), wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW sowie bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beibehaltung der **Sportbootführerscheinpflicht** für Boote ab 3,68 kW (5 PS), [Drucksache 17/2252](#) wird dem Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Ablehnung vorgeschlagen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur **Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1043](#) nehmen die Ausschussmitglieder abschließend zur Kenntnis.

Sodann versieht der Ausschuss die Anträge betr. **Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlage der Arbeitsförderung sichern** mit folgenden Voten: Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung - mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der LINKEN. - Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/1771](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig), [Drucksache 17/1833](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Zum Themenbereich **Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen** empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW die Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/2009](#). Ebenfalls zur Ablehnung vorgeschlagen wird der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1958](#) (neu) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Die Anträge betr. **Lohnuntergrenzen** werden wie folgt beschieden: Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion des SSW, [Drucksache 17/1994](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1977](#), mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Sodann vertagen die Ausschussmitglieder die Behandlung der Tagesordnungspunkte **Rentenkürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!**, [Drucksache 17/2189](#), **Rückstellungen für AKW-Stilllegung insolvenzsicher machen**, [Drucksache 17/2092](#), Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur Entwicklung des Landes**, [Drucksache 17/1359](#), und **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**, [Drucksache 17/2151](#) - hier Selbstbefassung -, auf die letzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses der 17. Wahlperiode am 18. April d. J.

Der Bericht der Enquetekommission „**Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation**“, [Drucksache 17/2230](#), wird vom Wirtschaftsausschuss abschließend zur Kenntnis genommen.

Ebenfalls am 18. April soll auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Bericht des MWV zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Verschiebung der Ausweisung neuer Windenergieflächen in Schleswig-Holstein gegeben werden.

Schluss: 11:20 Uhr

gez. Neil